

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H o n a y

Wien, am Dienstag, den 23. Juni 1925. Zweite Ausgabe

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 23. Juni 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um halb sechs Uhr die Sitzung.

Ohne Debatte wird eine Reihe von Anträgen genehmigt. Die Mietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft erhält eine Subvention von 600 Schilling, auf Antrag des Gemeinderates Hias. Ebenso wird der Antrag des gleichen Berichterstatters, für die Oesterreichische Alpenfahrt Wien - München, einen Ehrenpreis zu bewilligen, genehmigt. Dieser Ehrenpreis ist eine Bronzefigur auf Marmorsockel im Anschaffungswert von 780 Schilling. Gemeinderat Haer beantragt einen Zuschusskredit für Mehrausgaben im Gartenwesen von 69.000 Schilling, einen Zuschusskredit für den Umbau des Hauptkanals im XIV. Bezirk, im Kostenbetrage von 14.000 Schilling, endlich die Kostendeckung für die Abgrabung der Schelleingasse und Petzvalgasse im IV. Bezirke, im Ausmaße von 15.000 Schilling. Gemeinderat Schön beantragt die Prolongierung zweier der niederösterreichischen Landesmestarkeller Aktiengesellschaft gewährter Darlehen von 150.000 Schilling und 100.000 Schilling bis 31. Dezember 1925 unter der Bedingung, dass auf das Land Niederösterreich die Kredite bis zum gleichen Tage zur Verfügung gestellt und einen Zuschusskredit von 30.000 Schilling für Uebertragungsgebühren der von der Gemeinde Wien in den Jahren 1923 und 1924 erworbenen Liegenschaften. Gemeinderat Schütz beantragt die Bewilligung für den Planwechsel des Wohnhausbaues der Gemeinde Wien, VIII., Albertgasse.

Str. Speiser beantragt einen Zuschusskredit von 29.300 Schilling für die Kosten der erhöhten Ueberstundenleistung. Bei der Durchführung der Bilanzierung der Bundessteuerkonten kann nach einem Bericht der Rechnungsamtsdirektion die Arbeit nur dann bis Oktober fertiggestellt werden, wenn Ueberstunden zu Hilfe genommen werden. Für diese Ueberstunden ist aber keine Deckung vorhanden.

G.R. Untermüller (chr. soz.) findet es unerkklärlich, dass eine solche Differenzierung der Arbeit gemacht wird. Auch scheint es, dass man mit der Arbeit nicht sehr eilig habe und nur die Gemeindesteuern ajour halte, während man die Bundessteuerkonten lange vernachlässigt. Auch scheint man die Ueberstunden gleichsam als Belohnung einzelnen zuzuwenden. Gerügt müsse ferner werden, dass die Pauschalen zur Beschaffung von Tinte und Schreibmaterialien so gering sind, dass die Angestellten zu ihrer Anschaffung zusammensteuern müssen, um überhaupt die Arbeit durchführen zu können. Solche Erscheinungen gebe sicher nicht das Ansehen der Bundeshauptstadt, da doch die kleinste Gemeinde die Geldmittel für diese Ausgaben unbedingt aufbringen muss.

Str. Speiser stellt fest, dass in Einvernehmen mit dem Rechnungshof die Bilanzierung in den letzten Jahren nicht vorgenommen worden ist, da sich wegen des schwankenden Geldwertes dem Bund diese Arbeit nicht rentiert hat.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Str. Speiser berichtet über die Abänderung des Kollektivvertrages der städtischen Zeichenbestattung und verweist auch auf die folgenden fünf Referate, in denen die Abschaffung des In-

G.R. Kaldem (chr. soz.) bemängelt es, dass im Vertragsentwurf die Löhne der Frauen und Hilfsarbeiterinnen durchwegs mit  $\frac{2}{3}$  der Entlohnung der Männer taxiert sind, obgleich sie dieselbe Arbeit leisten müssen.

Der Referent entgegnet, diese Auffassung sei unrichtig, er müsse bestreiten, dass die weiblichen Professionisten dieselbe gleichartige Arbeit verrichten, wie die männlichen, deren Leistungen eben höher qualifiziert sind. Wenn man erwägt, dass ein Professionist durchschnittlich sechzig Schilling Wochenlohn bezieht und eine Arbeiterin vierzig Schilling, muss man wohl sagen, dass ein solcher Lohn in der Privatindustrie kaum erreicht wird. Der Prozentsatz sei die Behauptung vom wirklichen Lohn der Arbeiterinnen im städtischen Dienste entgegenzustellen. Da wird man finden, dass die Löhne in der Privatindustrie durchwegs niedriger gehalten sind, wobei die Arbeiterinnen obendrein rechtsgesichert und nach 10 Jahren pensionsberechtigt sind.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Str. Speiser berichtet weiter über die Aenderung der Kollektivverträge des städtischen Fuhrwerksbetriebes, der Arbeiter der städtischen Wasserrasserrparaturwerkstätte, der Lagerhausbediensteten, der Arbeiter des Wirtschaftsamtes im Lager Baumgarten und über die Aenderung der Arbeitsverträge der städtischen Strassenbahnen, in denen durchwegs die Abschaffung des Indexsystems und Neuregelung der Löhne beantragt wird. Sämtliche Anträge werden ohne Debatte angenommen, desgleichen nach einem Referat desselben Berichterstatters, ein Antrag auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 60.000 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse der niederösterreichischen Landesbedienten und Lehrpersonen, sowie deren Hinterbliebenen. (Trennungsgesetz).

G.R. Schorach (soz. dem.) beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites von 370.000 Schilling für den Bau der Wagenhalle auf dem Heumarkt in Rudolfsheim. Die Ueberschreitung des Kostenvorschlages für diesen Bau ist darin begründet, dass die Kalkulation bereits Anfangs 1924 gemacht worden ist. Es hat sich dann der Baubeginn infolge der langwierigen Verhandlungen mit den Markthüttenbesitzern stark verzögert, inzwischen sind die Arbeitslöhne um 29 Prozent und die Regiekosten um fast 40 Prozent gestiegen.

G.R. Haider (chr. soz.) erklärt, dass der Bau dieser Wagenhalle den Bezirk Rudolfsheim verunsichere. Die frühere Gemeindeverwaltung hat immer ängstlich darauf geachtet, dass sich der Schönheitssinn bei solchen Bauten zur Geltung komme. Bei einem Baukostenbetrag von sieben Milliarden Kronen, sei der heute beantragte Zuschusskredit von 370 Millionen Kronen ganz unverständlich. Man sieht bis heute von diesem Bau überhaupt verflucht wenig und trotzdem wird dieser riesige Zuschusskredit verlangt. Die Lohnsteigerungen und auch die Regiekosten können doch nicht derart bedeutend sein, dass dieser grosse Zuschusskredit angesprochen werden muss. Dies müsste aufgeklärt werden.

G.R. Schorach erwidert, dass die Gemeinde ursprünglich diese Wagenhalle auf dem Platz vor Schönbrunn, wo früher die Reitschule war errichten wollte. Dieser Platz gehört dem Bund und leider hat die Bundesverwaltung unmöglich zu erfüllende Forderungen gestellt, sodass sich die Verhandlungen verzögerten haben. Die Gemeinde musste aber die Wagenhalle bauen, da die Strassenbahnwagen bei der Rudolfsheimer Remise bereits in die Nebengassen über Nacht gestellt werden mussten, weil sonst kein Platz war. Es ist richtig,

Richard

Umgebung instandgesetzt werden können.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iser beantragt den Umbau des Hauptunratskanales in der Ullmannstrasse mit einem Kostenerfordernis von 44.000 Schilling, die Abgrabung der Schelleingasse und Petzvalgasse und die Bewilligung eines Zuschusskredites von 69.170 Schilling für das städtische Gartenwesen.

Die Anträge werden ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Schön beantragt, dass die Darlehen an den niederösterreichischen Musterkeller bis 31. Dezember verlängert werden.

Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

Ebenso wird ein Antrag des Gemeinderates Schön auf Bewilligung eines Zuschusskredites von 30.000 Schilling zur Bezahlung nachträglicher Uebertragungsgebühren aus Anlass der Wertzuwachsabgabebemessungen für die von der Gemeinde gekauften Grundstücke, ohne Wortmeldung angenommen.

G. R. Schütz beantragt die Pläne für den Wohnhausbau in der Pfeilgasse zu genehmigen.

G.R. Biber übt scharfe Kritik an den vorliegenden Plänen, hauptsächlich bemängelt er es, dass entgegen der Bauordnung in einer Feuermauer eine Öffnung vorgesehen sei, welcher Umstand bei einem etwa ausbrechenden Brande die verhängnisvollsten Folgen haben könne. Redner führt Beschwerde, dass seine im Ausschuss vorgebrachten sachlichen Bedenken vollkommen misachtet würden und bezeichnet den Plan als oberflächlich und geradezu leichtfertig. Er beantrage die Rückverweisung an den Ausschuss.

Der Antrag auf Rückverweisung wird abgelehnt.

Der Referent entgegnet sodann, dass die von Gemeinderat Biber aufgezeigte Gefährdung nicht so arg sein könne, weil ja gegen den Plan vom baupolizeilichen Standpunkt keine Einwendung erhoben wurde. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz beantragt den Plan für den städtischen Wohnhausbau in der Albertgasse dahin abzuändern, dass im Dachgeschoss einige Scheidewauern beseitigt und an Stelle von Ateliers Wohnungen eingerichtet werden.

G.R. Biber bringt Bedenken gegen den Plan vor, denselben als Unklar bezeichnet.

G.R. Brayer (chr. soz.) findet es merkwürdig, dass die Abänderungen erst jetzt vorgenommen werden, da der Bau schon fast fertiggestellt und ein Teil der Wohnungen von den Parteien schon bezogen ist. Eine solche Schlaperei sei unerhörte.

Der Referent entgegnet, an dem ursprünglichen Projekt sei gar nichts geändert worden, ausser der Umbau eines Teiles des Dachgeschosses.

Ein Rückverweisungsantrag des Gemeinderates Biber wird abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

Str. Siegel beantragt, das Bauprojekt für den Wohnhausbau Lennaisgasse im XIII. Bezirk mit dem veranschlagten Kosten von 1,840.000 Schilling zu genehmigen.

G.R. Biber (chr. soz.) erklärt, er müsse bei dieser Gelegenheit über die Unfälle im städtischen Ziegelwerk Oberlaa sprechen, weil die Art der darüber geführten Untersuchung nicht ordnungsgemäss erfolgt sei. Redner spricht dann ausführlich über diesen Gegenstand, wobei er insbesondere die Mängel des Gutachtens der Sachverständigen betont. Wenn der Einsturz der Decke während der Arbeitszeit eingetreten wäre, so hätten 30 bis 40 Leute ihr Leben eingebüsst. Auch bei dem grossen Deckeneinsturz beim Bau des Kindergartens im Waldmüllerpark war zum Glück niemand anwesend. Beim Einsturz in Oberlaa wurde behauptet, dass es sich um eine Probebelastung gehandelt habe. Dies ist aber unrichtig, weil schon der ordentliche Betrieb aufgenommen war.

Stadtrat Siegel erwidert, dass die Gemeinde gegenwärtig meh-  
Bauten aufführt, als je in einem Jahr der besten Baukonjunktur in Wien  
errichtet worden sind. Gemessen an dieser grossen Bautätigkeit, sind  
die Unfälle, die sich bis jetzt ereignet haben, nicht im entferntesten  
in irgend ein Verhältnis zu den Katastrophen zu bringen, die sich frü-  
her ereignet haben. Mit einem gewissen Prozentsatz muss man leider im-  
mer rechnen. Wenn dieser Prozentsatz so verschwindend klein ist, so muss  
das vor allem der glänzenden Arbeit der Ingenieure des Stadtbauamtes  
und der übrigen Beamtenschaft verdankt werden. Solche Deckeneinstürze  
hat es immer gegeben, seit wir Betonbauten haben. Es sei nur an den  
grossen Deckeneinsturz in einem Pavillon des Steinhof während des Bau  
es und im Jahre 1912 bei dem Bau einer Remise in Favoriten erinnert.  
Die Beamten und die gehören doch auch zur Verwaltung, die Gemeinderat  
Biber so angegriffen hat, kann also nicht der geringste Vorwurf tref-  
fen

Der Antrag wird angenommen.

Stadtrat Siegel beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredi-  
tes von 24.500 Schilling für den Bau des Kindergartens im Waldmüller-  
park.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erklärt, dass nach seiner Berechnung die  
im Antrag enthaltene Ziffer nicht stimmt. Er bittet um genaue Aufklä-  
rung. Im Voranschlag sind die Kosten mit drei Milliarden Kronen  
festgesetzt, während sie nun auf fast sieben Milliarden gestie-  
gen sind. Also eine hundertdreissigprozentige Steigerung. Bei ei-  
ner solchen Wirtschaft sei es klar, dass Stadtrat Breitner die  
Steuerschraube immer schärfer anziehen muss. Wenn die Methode  
aus Steuergeldern Investitionen und Wohnhausbauten zu decken  
beibehalten werde, dann wird die Gemeinde wohl über einen unge-  
heuren Besitz verfügen, aber alle anderen Menschen werden ver-  
armt sein.

Stadtrat Siegel entgegnet, dass für den Bau des Kindergar-  
tens seinerzeit fünf Milliarden bewilligt worden, die Steigerung  
ist daher nur achtzig Prozent. Sicherlich auch ziemlich bedeutend,  
doch wurde im Voranschlag der Beitrag eingesetzt, ohne dass ir-  
gendwelche Projekte vorlagen.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Thaller beantragt die dem Oesterreichischen Schachvert  
band bewilligte Subvention von vierhundert Schilling nachträglich  
zu genehmigen.

G.R. Haider (chr. soz.) meint, es wäre nicht notwendig gewe-  
sen, dass der Bürgermeister in dieser Sache persönlich entschlie-  
den habe. Gegen die Subvention ist aber nichts einzuwenden.  
Der Antrag wird dann angenommen.

Schluss der Sitzung um 10 Uhr abends.

Teilnehmer des Dentistenkongresses im Rathaus. Heute nachmittag  
erschienen unter Führung der Vizepräsidenten Weber und Reiss des  
Reichsverbandes der befugten Zahntechniker Oesterreichs ungefähr  
dreihundert Teilnehmer des vierten Internationalen Dentistenkon-  
gresses im Rathaus. Fast alle Nationen waren vertreten. Anführer  
der Stadtrat Richter begrüßte im Sitzungssaal des Stadtsenates  
die Gäste in Vertretung des Bürgermeisters. In seiner Ansprache  
dankte er dafür, dass Wien zum Kongressort bestimmt wurde. Die Wie-  
ner Gemeindeverwaltung habe die Wichtigkeit der Zahnpflege für die  
Volksgesundheit erkennend, eigene Schulzahnkliniken errichtet, die  
von der Bevölkerung allgemein geschätzt werden. Wien habe in den  
ersten Jahren nach dem Krieg schwer zu ringen gehabt; jetzt ist der  
Wiederaufbau im vollen Gange. Stadtrat Richter verwies noch auf  
die Wichtigkeit Internationaler Beziehungen und wünschte den Gäs-  
ten einen angenehmen Aufenthalt in Wien. Vizepräsident Weber  
dankte in heralichen Worten für den Empfang, worauf die Gäste das  
Rathaus und die städtischen Sammlungen besichtigten.